

Abschieben – trotz Corona

Ein Bericht in tagesschau.de offenbart eine beklemmende Staatsraison

Der Kampf gegen die Ausbreitung des Corona-Virus dominiert derzeit in den Medien alle anderen Themen. Schutz der Bevölkerung geht vor, und zwar in allen Lebensbereichen. Es hat den Anschein, als gelte diese Maxime auch für den Umgang mit geflüchteten Menschen. Duldungen werden für ein Vierteljahr im Voraus erteilt, auf persönliche Vorsprache wird verzichtet, Sammelabschiebungen nach Afghanistan sind ausgesetzt und gegenwärtig wird niemand in ein anderes EU-Land abgeschoben, weil er dort erstmals europäischen Boden betreten hat.

Und doch gibt es ein Staatsziel, das höher gewichtet wird als der Kampf gegen das Virus: die Abschiebung nicht anerkannter Asylbewerberinnen und -bewerber.

- Sammelunterkünfte, AnKER-Zentren und Abschiebegefängnisse bleiben in Betrieb. Die dringvolle Enge in diesen Einrichtungen wird ebenso in Kauf genommen wie die damit einhergehende Ansteckungsgefahr. Da das Virus keine Unterschiede macht, sind Geflüchtete im selben Maß bedroht wie Betreuungs-, Sicherheits- und Servicepersonal.
- Abschiebeflüge finden weiterhin statt, auch in arme Länder wie Togo, die ohnehin über eine schlechte Infrastruktur verfügen. Selbst in den Iran wird abgeschoben, obwohl dieses Land als Hotspot des Coronavirus gilt.
- Dabei ist es unerheblich, dass der reguläre Flugverkehr in diese Länder eingestellt ist. Im Zweifelsfall werden für hohe fünf- und sogar sechsstelligen Beträge Privatjets gechartert, für die dann auf diplomatischen Kanälen eine Landeerlaubnis erwirkt werden muss.
- Ausreisepflichtige Flüchtlinge dürfen selbst dann nicht arbeiten, wenn sie sich freiwillig für krisengeschüttelte Einsatzbereiche melden. Das Bedrohungsszenario gegen diese Menschen muss unbedingt aufrecht erhalten werden. Kosten und Menschenwürde müssen hinten anstehen.

Auf Bundesebene fordern Grüne und Linkspartei einen generellen Abschiebestopp. Selbst Fachpolitiker aus der CDU können sich mit dieser Forderung anfreunden. Alle verweisen allerdings darauf, dass für Abschiebungen die Länder zuständig sind. Und auf dieser Ebene kommt Unordnung ins Parteiengefüge. Es gibt Parteien, die im Bund vehement für Abschiebestopp eintreten, aber in Ländern, in denen sie Regierungsverantwortung tragen, weitere Abschiebungen tolerieren. Leider zählt Hessen dazu.

Auf *tagesschau.de* ist das Thema umfassend aufgearbeitet worden. [Hier ist der Link zum Bericht.](#)



Verschiedene Initiativen, darunter die Marburger Seebrücke und „200 nach Marburg“ wollen sich mit der Entwicklung nicht abfinden und haben für Sonntag, den 5. April, zu einem Aktionstag aufgerufen. Alle Corona-Schutzmaßnahmen sollen dabei strikt eingehalten werden. [Hier steht, wie das geht.](#)